



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ AM 3. NOVEMBER 2011 EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserer Pressekonferenz. Es ist mir eine Ehre und eine Freude, dass ich heute erstmals die Sitzung des EZB-Rats leiten durfte. Ich freue mich sehr, nun mit unserer fest etablierten Praxis der Kommunikation in Echtzeit fortzufahren und Sie gemeinsam mit dem Vizepräsidenten über die Ergebnisse unserer Sitzung zu informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte zu senken. Obwohl die Inflation nach wie vor auf erhöhtem Niveau liegt und noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben dürfte, werden die Teuerungsraten den Erwartungen zufolge im Jahresverlauf 2012 weiter auf unter 2 % sinken. Gleichzeitig ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor moderat. Nach dem heutigen Beschluss sollte sich die Inflation über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. Aufgrund ihrer ungünstigen Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen und das Vertrauen dürften sich die anhaltenden Spannungen an den Finanzmärkten in der zweiten Jahreshälfte 2011 und darüber hinaus dämpfend auf das Tempo des Wirtschaftswachstums im Euro-Währungsgebiet auswirken. Der Wirtschaftsausblick ist weiterhin mit besonders hoher Unsicherheit und verstärkten Abwärtsrisiken behaftet. Einige dieser Risiken kommen inzwischen zum Tragen, sodass eine deutliche Abwärtskorrektur der Prognosen und Projektionen für das durchschnittliche Wachstum des realen BIP im Jahr 2012 sehr wahrscheinlich ist. In diesem Umfeld sollte sich der Preis-, Kosten- und Lohndruck im Euroraum ebenfalls abschwächen; der heutige Beschluss berücksichtigt dies. Insgesamt ist es nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass die Geldpolitik Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet, um so sicherzustellen, dass die Inflationserwartungen im Eurogebiet fest auf einem Niveau verankert sind, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass

die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann.

Die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart bei den Refinanzierungsgeschäften werden weiterhin sicherstellen, dass die Banken im Eurogebiet keinen liquiditätsseitigen Beschränkungen unterliegen. Alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen geldpolitischen Sondermaßnahmen sind entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Für die zweite Jahreshälfte wird mit einem sehr moderaten Wachstum des realen BIP im Euroraum gerechnet, nachdem es sich im zweiten Vierteljahr 2011 gegenüber dem Vorquartal auf 0,2 % abschwächte. Es gibt Anzeichen, dass zuvor identifizierte Abwärtsrisiken inzwischen zum Tragen kommen; dies lässt sich an negativen Umfrageergebnissen ablesen. Was die weitere Entwicklung betrifft, scheint die konjunkturelle Grunddynamik im Eurogebiet durch eine Reihe von Faktoren gedämpft zu werden. Hierzu zählen eine Verlangsamung der globalen Nachfrage und ungünstige Auswirkungen der anhaltenden Spannungen an einigen Staatsanleihemärkten im Euroraum auf die allgemeinen Finanzierungsbedingungen und das Vertrauen. Gleichzeitig gehen wir nach wie vor davon aus, dass das weiterhin positive Wirtschaftswachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften und die niedrigen kurzfristigen Zinsen sowie die verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der Funktionsfähigkeit des Finanzsektors der Wirtschaftstätigkeit des Eurogebiets zugutekommen.

Nach Auffassung des EZB-Rats bestätigen sich die Abwärtsrisiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum in einem von besonders hoher Unsicherheit geprägten Umfeld. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus einer weiteren Verschärfung der Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten des Eurogebiets und weltweit sowie daraus, dass der resultierende Druck weiter auf die Realwirtschaft im Euroraum übergreifen könnte. Sie erwachsen ferner aus den Auswirkungen der nach wie vor hohen Energiepreise, von Protektionismusbestrebungen und der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so belief sich die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Oktober wie bereits im Vormonat auf 3,0 %. Die Preissteigerungsraten befinden sich seit Ende letzten Jahres auf einem erhöhten Niveau, was vor allem auf die Verteuerung von Energie und sonstigen Rohstoffen zurückzuführen ist. Mit Blick auf die Zukunft dürften sie noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben, im Jahresverlauf 2012 dann aber auf unter 2 % fallen. Den Erwartungen zufolge werden sich die Inflationsraten über die geldpolitisch relevante Frist im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. In

diesem Verlauf schlägt sich die Erwartung nieder, dass sich der Preis-, Kosten- und Lohndruck im Euroraum vor dem Hintergrund eines schwächeren Wirtschaftswachstums im Eurogebiet und in der übrigen Welt ebenfalls abschwächt.

Der EZB-Rat ist weiterhin der Auffassung, dass die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung – auch unter Berücksichtigung des heutigen Beschlusses – weitgehend ausgewogen sind. Aufwärtsrisiken bestehen in erster Linie im Zusammenhang mit möglichen Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung. Im gegenwärtigen Umfeld sollte der Inflationsdruck jedoch nachlassen. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im Euroraum und in der übrigen Welt. Sollte sich das verhaltene Wachstum fortsetzen, hätte es sogar das Potenzial, den mittelfristigen Inflationsdruck im Eurogebiet zu verringern.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so stieg die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 von 2,7 % im August 2011 auf 3,1 % im September. Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor, bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen, betrug im September 2,7 % und war damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Wie bereits im August spiegeln die Zuflüsse in M3 auch die erhöhten Spannungen an einigen Finanzmärkten wider. Insbesondere scheinen Mittelzuflüsse bei den Geldmarktfondsanteilen sowie bei den über zentrale Kontrahenten abgewickelten Repogeschäften die monetäre Entwicklung im September spürbar bestimmt zu haben. Die jährliche Wachstumsrate von M1 erhöhte sich im September auf 2,0 %, nachdem sie sich im Vormonat auf 1,7 % belaufen hatte.

Was die Gegenposten zu M3 anbelangt, so blieben die jährlichen Zuwachsraten der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und an private Haushalte, bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen, im September gegenüber dem Vormonat weitgehend unverändert und beliefen sich auf 2,2 % bzw. 2,6 %. Diese Zahlen deuten nicht darauf hin, dass sich die gestiegenen Spannungen an den Finanzmärkten auf das Kreditangebot bis September ausgewirkt haben. Da diese Effekte jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung auftreten können, muss die Kreditentwicklung in nächster Zeit aufmerksam verfolgt werden. Legt man die angemessene mittelfristige Perspektive zugrunde und lässt die kurzfristige Volatilität außer Acht, so haben sich die Grunddynamik der weit gefassten Geldmenge und das Kreditwachstum in den letzten Monaten stabilisiert. Insgesamt bleibt die Grunddynamik der monetären Expansion somit moderat.

Die Bilanzsummen der monetären Finanzinstitute haben sich in den letzten Monaten insgesamt kaum verändert. Die Solidität der Bankbilanzen wird bei der Verringerung potenzieller negativer

Rückkoppelungseffekte im Zusammenhang mit Spannungen an den Finanzmärkten von wesentlicher Bedeutung sein und somit eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft im Zeitverlauf erleichtern. Deshalb begrüßen wir die Erklärung des Europäischen Rats, die Eigenkapitalposition der Banken bis Ende Juni 2012 auf 9 % an hartem Kernkapital (Core Tier I) anzuheben. Wir unterstützen ebenso den an die nationalen Aufsichtsbehörden gerichteten Appell, sicherzustellen, dass die Rekapitalisierungsmaßnahmen der Banken nicht zu einem übermäßigen Abbau des Verschuldungsgrads führen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der EZB-Rat auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beschlossen hat, die Leitzinsen der EZB um 25 Basispunkte zu senken. Obwohl die Inflation nach wie vor auf erhöhtem Niveau liegt und noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben dürfte, werden die Teuerungsraten den Erwartungen zufolge im Jahresverlauf 2012 weiter auf unter 2 % sinken. Die **Gegenprüfung** anhand der Informationen unserer monetären Analyse bestätigt, dass die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor moderat ist. Nach dem heutigen Beschluss sollte sich die Inflation über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. Aufgrund ihrer ungünstigen Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen und das Vertrauen dürften sich die anhaltenden Spannungen an den Finanzmärkten in der zweiten Jahreshälfte 2011 und darüber hinaus dämpfend auf das Tempo des Wirtschaftswachstums im Euro-Währungsgebiet auswirken. Der Wirtschaftsausblick ist weiterhin mit besonders hoher Unsicherheit und verstärkten Abwärtsrisiken behaftet. Einige dieser Risiken kommen inzwischen zum Tragen, sodass eine deutliche Abwärtskorrektur der Prognosen und Projektionen für das durchschnittliche Wachstum des realen BIP im Jahr 2012 sehr wahrscheinlich ist. In diesem Umfeld sollte sich der Preis-, Kosten- und Lohndruck im Euroraum ebenfalls abschwächen; der heutige Beschluss berücksichtigt dies. Insgesamt ist es nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass die Geldpolitik Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet, um so sicherzustellen, dass die Inflationserwartungen im Eurogebiet fest auf einem Niveau verankert sind, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so müssen alle Regierungen des Euroraums ihre unumstößliche Entschlossenheit demonstrieren, die von ihnen selbst begebenen Anleihen vollständig zu bedienen. Dies ist ein entscheidendes Element, um die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet insgesamt zu gewährleisten. Der EZB-Rat nimmt die in der Erklärung des Euro-Gipfels vom 26. Oktober 2011

eingegangenen haushaltspolitischen Verpflichtungen zur Kenntnis und fordert alle Regierungen nachdrücklich auf, die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und zur Gewährleistung tragfähiger Alterssicherungssysteme vollständig und so schnell wie möglich umzusetzen und die finanzpolitische Steuerung zu verbessern. Die Regierungen der Länder, die von EU und IWF gemeinsam aufgelegte Anpassungsprogramme durchlaufen, sowie der besonders betroffenen Staaten sollten für zusätzliche Maßnahmen bereitstehen, wenn diese erforderlich werden.

Zur Stärkung des Vertrauens, der Wachstumsaussichten und der Schaffung von Arbeitsplätzen ist es von entscheidender Bedeutung, dass Haushaltskonsolidierung und **strukturelle Reformen** Hand in Hand gehen. Deshalb fordert der EZB-Rat alle Regierungen des Euroraums auf, die Umsetzung substanzieller und umfassender Strukturreformen dringend zu beschleunigen. Dadurch können die Euro-Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, die Flexibilität ihrer Volkswirtschaft erhöhen und ihr längerfristiges Wachstumspotenzial verbessern. Diesbezüglich sind Arbeitsmarktreformen unabdingbar, welche in Maßnahmen zur Beseitigung von Arbeitsmarktrigiditäten und zur Erhöhung der Lohnflexibilität bestehen, sodass die Löhne und Gehälter sowie die Arbeitsbedingungen auf die speziellen Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnitten werden können. Allgemeiner ausgedrückt ist in diesen schwierigen Zeiten Zurückhaltung sowohl bei den Gewinnspannen als auch bei den Löhnen und Gehältern von zentraler Bedeutung. Die genannten Maßnahmen sollten mit strukturellen Reformen einhergehen, welche den Wettbewerb an den Gütermärkten (insbesondere bei den Dienstleistungen) erhöhen und auch eine Liberalisierung der zugangsbeschränkten Berufe mit einbeziehen. In Betracht gezogen werden sollte gegebenenfalls auch die Privatisierung von Dienstleistungen, die derzeit vom öffentlichen Sektor erbracht werden. Gleichzeitig betont der EZB-Rat, dass es unbedingt erforderlich ist, dass die nationalen Behörden im Euroraum alle Maßnahmen, die in der Erklärung zum Euro-Gipfel vom 26. Oktober 2011 angekündigt und empfohlen wurden, rasch beschließen und umsetzen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.